

## Schimmel, Zugluft, Rendite

In Hamburg-Steilshoop lässt das Immobilienunternehmen Gagfah die Mieter fröseln. Das Geld, das für dringend nötige Sanierungen fehlt, fließt in die Kasse des US-Hedgofonds Fortress.

Seite 3

## Militär-Airbus im Crashtest

Stückweise bringt man den A400M-Militärtransporter derzeit nach Dresden. Zum Bruchtest. Derweil stellt EADS das ganze Rüstungsprojekt in Frage. So etwas nennt man Erpressung.

Seiten 5 und 8

## Grundstücke

Wie berechnet sich ortsübliche Pacht? / Urlaubsplanung beginnt schon im Januar / Was wird neu im neuen Jahr?

## Standpunkt

### Verhöhnung

Von Gabriele Oertel

Lange Zeit schien der Bund der Vertriebenen zu einer Ansammlung Getriebener geworden zu sein. Der FDP-Außenminister erklärte ein ums andere Mal sein Nein zu Erika Steinbachs Ambitionen für den Stiftungsrat. Die CSU geiferte wie gewöhnlich. Die Kanzlerin schwankte mal wieder wie ein Halm im Wind. Aber die Vertriebenen-Chefin erwies sich inmitten des Gezerres von großer Umtriebigkeit. Ihre ultimativen Forderungen nach mehr Einfluss für die Ihren und Autonomie gegenüber der Bundesregierung als Gegenleistung für den persönlichen Rückzug sind alles andere als ein Kompromissvorschlag im üblichen hiesigen Polittheater. Und für die polnischen Nachbarn die nächste Steigerungsstufe im ohnehin schon beschämenden zehnjährigen Poker um Verhöhnung statt Versöhnung.

Auch wenn die Union jubelt und Westerwelle Prüfung zusagt – dieser Regierung kann der Erpressungsversuch nicht entgangen sein. Aber anders als bei ihrem ersten Gesetz, als sie den Drohungen der Länderchefs erlag, würde sie diesmal nicht nur ihren Ruf in deutschen Provinzen riskieren. Geht Schwarz-Gelb auf Steinbachs Bedingungen ein, ist Merckels und Westerwelles Ruf in Osteuropa hin. Steinbach hat das nicht nur billigend, sondern vorsätzlich in Kauf genommen. Das kann einer sich gern auf internationalem Parkett gerierenden Kanzlerin und einem ehrgeizigen Außenminister nicht egal sein. Wegen des eigenen Renommées – und wenn es ihnen tatsächlich um Versöhnung geht ...

## Unten links

Obama hat eine neue Reform ausgerufen, die Reform der Namensliste. Grund: Auf einer Präsidentenparty, an der zum Schrecken der Sicherheitskräfte ein Ehepaar unbefugt teilnahm, ist nun noch ein dritter nicht geladener Gast aufgetaucht. Der Vergleich von Überwachungsvideos mit den Gästelisten ergab die Abweichung. Kurz zuvor hatte ein Flugzeugattentäter korrekt auf einer Liste gestanden, was seinen Flugzeugattentatsversuch nicht verhinderte. Klar ist seither: Wer an einem Flug in die USA teilnehmen will, darf nicht, wer an einer Präsidentenparty teilnehmen will, muss auf einer Liste stehen. Bevor Arglist zu Verwechslungen führt, will Obama das Chaos beenden. Am einfachsten wären ja offene Listen, in demokratischer Wahl und streng nach Quote erstellt. Auf der ultimativ letzten Liste wären beide, Partygäste und Flugzeugattentäter, überschichtlich aufgeführt. Und wer künftig ein Flugzeug entführen wollte, müsste sich vorher von dieser streichen lassen. uka

[www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;  
Österreich 1,60/1,80 EUR;  
Slowakei 1,70/1,90 EUR;  
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;  
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-3375

# Steinbach erpresst Merkel

Vertriebenen-Chefin will nur verzichten, wenn Regierung weitreichende Forderungen erfüllt



Hardlinerin Steinbach

Foto: dpa

Die neuen Vorschläge von Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach für die Besetzung des Rates der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« rufen gespaltene Reaktionen hervor. In der Union stieß Steinbach am Dienstag auf Zustimmung, die Opposition reagierte zum Teil mit Empörung.

Berlin/Bonn (epd/ND). Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, will unter bestimmten Bedingungen auf einen Sitz im Stiftungsrat verzichten. Voraussetzung sei unter anderem, dass der BdV mehr Sitze in dem 13-köpfigen Rat erhalte, erklärte Steinbach in Bonn. Zudem sollten die Institutionen künftig ohne Zustimmung der Bundesregierung entscheiden können, wen sie in den Rat entsenden.

Außenminister Guido Westerwelle (FDP) kündigte ebenso wie Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU) an, die Bundesregierung werde den Vorschlag prüfen. Wes-

terwelle sagte, es gehe darum, die deutsch-polnischen Beziehungen nicht zu beschädigen.

Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), hält eine Änderung des Stiftungsgesetzes für möglich. Es hänge jetzt von der FDP ab, ob es im Bundestag eine Mehrheit dafür gibt. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe nannte den Vorschlag »konstruktiv«, für Unionsfraktionschef Volker Kauder ist er sogar »zielführend«. Dass Steinbach ihre Bereitschaft zum Verzicht an verschiedene Bedingungen knüpfte, ist laut Kauder »auf gar keinen Fall eine Erpressung, sondern der Versuch, zu einem politischen Kompromiss zu kommen«. CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich appellierte an die FDP, Steinbachs Vorschlag zuzustimmen. Hans-Peter Uhl (CSU), innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, schlug vor, dem BdV sechs Sitze im Stiftungsrat zuzugestehen.

Die Grünen wiesen den Vorschlag dagegen als »inakzeptabel« zurück. »Das ist eine bodenlose Unverschämtheit«, sagte Fraktionschefin Renate Künast der »Rheinischen Post«. Steinbach wolle dem Bundestag eine Gesetzesnovelle unterschieben, nach der die Bundesregierung nicht mehr beeinflussen solle, wer das deutsche Volk im Bemühen um Versöhnung repräsentiere. Linksfraktions-Vorstandsmitglied Petra Pau sprach von nur noch peinlichem politischen Geschacher. Der Bundestag sollte sich endlich eingestehen, dass diese ganze Stiftungs-Idee ein Spiel mit dem Feuer war, das keine Gewinner kenne. Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) forderte die Bundesregierung auf, sich in einer für das deutsch-polnische Verhältnis »so wichtigen Frage nicht erpressen« zu lassen und verwies darauf, dass Brandenburg als einziges Bundesland die Pflege guter Beziehungen

mit dem Nachbarn Polen in den Verfassungsrang erhoben hat. Bundestagsvize Wolfgang Thierse (SPD) sagte dem »Tagesspiegel«, Sinn des Stiftungs-Projektes sei das Gedenken an die Leiden und Opfer von Flucht und Vertreibungen sowie die Versöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn. Dieses Anliegen würde zerstört, wenn sich Union und FDP auf Steinbachs Bedingungen einließen.

Die Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« soll im Deutschlandhaus in Berlin eine Dokumentationsstätte und Ausstellung über Vertreibungen am Ende des Zweiten Weltkriegs aufbauen. Westerwelle hatte angekündigt, sein Veto gegen eine Nominierung Steinbachs für das Gremium einzulegen. Die CDU-Bundestagsabgeordnete ist in Polen umstritten, weil sie 1991 im Bundestag nicht für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze stimmte und sich gegen den EU-Beitritt Polens aussprach.

# Hat Bush CIA-Killer nach Hamburg geschickt?

US-Geheimdienst wollte angeblich Deutsch-Syrer ermorden / Bundesregierung tut ahnungslos

Von René Heilig

Tatort Hamburg. Die CIA wollte den deutsch-syrischen Kaufmann Mamoun Darkazanli liquidieren. Das zumindest berichtet das US-Magazin »Vanity Fair«. Die Bundesregierung schweigt.

Gegen den in Hamburg lebenden Darkazanli war nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auch in Deutschland ermittelt worden. Die Bundesanwaltschaft stellte ihre Nachforschungen jedoch Mitte 2006 ein. Grund: Es gab keine Indizien für eine finanzielle und logistische Unterstützung des Terrornetzwerkes Al Qaida.

Ein Ersuchen Spaniens, den Mann ausliefern zu lassen, lehnten die deutschen Behörden ein Jahr darauf auf Anweisung des Bundesjustizministeriums ab. Doch die fehlenden Beweise waren für die CIA kein Grund, eigene Ziele aufzugeben. Der US-Geheimdienst hat angeblich weiter gezielt Darkazan-

li Ermordung geplant. Agenten observierten den Mann wochenlang in Hamburg – ohne dass die deutschen Behörden informiert waren. Kein Wunder, denn auch der dortige CIA-Stationsleiter war nicht eingeweiht.

Die CIA soll mit der privaten Sicherheitsfirma »Blackwater« (heute als »Xe« bekannt) kooperiert haben, die das Wohlwollen des ehemaligen US-Vizepräsidenten Dick Cheney genoss. Doch auch dessen Chef, der ehemalige US-Präsident George Bush, muss von der Mord-Operation gewusst haben, denn seit den 70er Jahren gab es eine präsidentiale Anweisung, dass die US-Geheimdienste Tötungsoperationen nur mit Zustimmung des Weißen Hauses durchführen dürfen.

Deutschland ist für US-Dienste ein offenes Terrain. Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom vermutet, dass in Frankfurt am Main rund 200 CIA-Agenten arbeiten, bei der Berliner Botschaft sind

rund 100 beschäftigt, die Stationen Hamburg und München hat man mit jeweils 25 US-Schnüfflern bemant. Hinzu kommen die Agenten des Pentagon-Geheimdienstes DIA und Experten der NSA sowie anderer Dienste.

Der Bundesregierung ist angeblich kein derartiges Komplott bekannt. Seltsam. Schließlich wurde ihr spätestens durch Aussagen im sogenannten BND-Untersuchungsausschuss bekannt, dass die US-Verbündeten ohne Beachtung der deutschen Souveränität agieren. Während US-Geheimdienstler nach den Anschlägen vom 11. September gerade in Hamburg als FBI-Beamte offiziell in deutsche Ermittlungsteams eingegliedert wurden, traten vermutlich andere beispielsweise in Neu-Ulm unter »fremder Flagge« in Erscheinung. Es gibt Aussagen, wonach sie ahnungslos Rentner überredeten, ihre Wohnung als Observationsstützpunkt zur Verfügung zu stel-

len. Dabei hätten die angeblichen deutschen Kriminalbeamten verhüllte Gegenstände mitgeführt, die einem Scharfschützengewehr gesehelt hätten. Das alles müssen die Ex-Kanzleramtschefs Frank-Walter Steinmeier, heute SPD-Fraktionschef, und Thomas de Maizière, heute Bundesinnenminister der CDU, wissen – oder schleunigst in Erfahrung bringen.

Der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele, Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium zur Aufsicht über die Geheimdienste, forderte schnelle Aufklärung. Jan Korte, Innenexperte der Linksfraktion, unterstützt das, doch er will den Vorgang »aus dem Geheimen« in den Innenausschuss ziehen. »Schließlich hat die Öffentlichkeit ein Recht auf Wahrheit.« Auch SPD und Union haben Fragen.

Die »von oben« weisungsgebundene Staatsanwaltschaft Hamburg prüft unterdessen die Vorwürfe.

## Arbeitsmarkt zittert vor der Krise

Massive Kurzarbeit rettet Statistik – noch

Nürnberg (dpa/ND). Der massive Einsatz von Kurzarbeit hat Deutschland vor der Jobkrise bewahrt, die Angst vor Entlassungen im Jahr 2010 aber nicht zerstreut. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) vom Dienstag stieg die Zahl der Erwerbslosen im Dezember 2009 um 60 000 auf 3,276 Millionen. Das sind 173 500 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,2 Punkte auf 7,8 Prozent. (Dezember 2008: 7,4 Prozent).

»Deutschland erlebt derzeit eine der schwersten Rezessionen, aber zugleich eine moderate Arbeitsmarktentwicklung«, so BA-Vorstandschef Frank-Jürgen Weise. Der Stellenmarkt sei robust. 2010 werde die Lage schwierig. Schon im Januar werde die Zahl der Arbeitslosen um bis zu 300 000 zunehmen. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sagte, es gebe keine Entwarnung.

Die guten Dezemberzahlen haben auch die Arbeitsmarktbilanz für 2009 aufgehellt. Im Jahreschnitt waren 3,423 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das sind nur 155 000 mehr als 2008. Wegen der Krise hatte die BA mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 3,7 Millionen gerechnet. In Westdeutschland waren im Durchschnitt 2,320 Millionen Menschen ohne Job (plus 176 000). Im Osten sank die Zahl der Arbeitslosen dagegen um 20 000 auf 1,103 Millionen. Tagesthema Seite 2

## Kurz

### Mord in Sofia

Sofia (AFP). Im Zentrum der bulgarischen Hauptstadt Sofia ist der bekannte Mafia-Enthüllungsauteur Boris Tsankow am Dienstag auf offener Straße erschossen worden.

### Hinrichtungen in Iran

Bagdad (AFP). Im vergangenen Jahr wurden in Irak 77 Menschen hingerichtet, die in Terrorprozessen zum Tode verurteilt worden waren. Das erklärte der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs, Madhat al-Mahmud.

### WFP-Hilfen gestoppt

Rom (AFP). Das Welternährungsprogramm (WFP) hat seine Hilfen für den Süden Somalias ausgesetzt. Die Angriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen in der Region hätten zugenommen, wurde die Entscheidung begründet.

### Auszahlungsplan

Berlin (AFP). Von den Problemen bei der Geldauszahlung sind bei den Sparkassen etwa 20 Millionen EC-Karten betroffen. Auch bei etwa 3,5 Millionen Kreditkarten der Sparkassen gab es Einschränkungen im Zahlungsverkehr.

### Verträge für Ölfelder

Bagdad (AFP). Iraks Regierung hat vier Verträgen mit ausländischen Unternehmen zur Erschließung von Ölfeldern zugestimmt.

